

PRESSEMITTEILUNG

Umweltverschmutzung in Heiligensee durch die Einleitung von kontaminiertem Autobahnabwasser der A 111 in das heiligenseer Grabensystem.

Senatorin Günther verweigert Bürgerinitiative einen Termin zur Übergabe von ca. 450 Unterschriften betroffener Bürger und Bürgerinnen.

Die rot-rot-grüne Berliner Landesregierung verspricht im aktuellen Koalitionsvertrag:

...„Dabei steht die Koalition aus SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/Die Grünen auch für eine neue Beteiligungskultur, für eine gemeinsame Anstrengung von Politik und der Bürgerinnen und Bürger für die solidarische Stadt.“...

Die Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Frau Günther verweigert jedoch einer Bürgerinitiative aus Berlin-Heiligensee, trotz mehrfacher Bitten, ein persönliches Gespräch zwecks Übergabe von Unterschriftenlisten von ca. 450 betroffenen heiligenseer Bürgerinnen und Bürgern.

Die Unterzeichner/innen der Unterschriftenlisten sehen dringenden Handlungsbedarf beim heiligenseer Grabensystem. Fehlplanungen seitens des Senats, der Bundesautobahnverwaltung, des Bezirksamtes, etc. in den vergangenen Jahrzehnten sind die Ursache für immer zahlreicher werdende nasse Keller und folglich für die bezifferbaren finanziellen Schäden bei vielen heiligenseer Bewohnern.

Auch bei dem Thema „Einleitung kontaminierten Regenabwassers der Autobahn A 111“ in das Grundwasser, in das ökologisch sensible heiligenseer Grabensystem sowie in den Niederneuendorfer See gibt es offensichtliche Versäumnisse. Diese sind dem Senat durch diverse Anfragen des CDU-Abgeordneten Stephan Schmidt mittlerweile hinreichend bekannt. Dies müsste mittlerweile beim Senat auch zu der Erkenntnis geführt haben, dass in Heiligensee ein Umweltproblem vorliegt. Wegen der fortgesetzten Einleitung von kontaminiertem Autobahnabwasser in ein grundwassersensibles Grabensystem sehen wir dringenden Handlungsbedarf, den es, wie im Koalitionsvertrag zu lesen steht, in einer „gemeinsamen Anstrengung von Politik und der Bürgerinnen und Bürger“ zu lösen gilt. Warum sich Frau Günther auch nach mehreren Telefonaten und Schreiben verweigert, die so oft erwähnte Beteiligungskultur aktiv zu praktizieren erschließt sich uns wegen der vorliegenden Problematik nicht.

Wir fordern die Senatorin Frau Günther öffentlich auf, den im Koalitionsvertrag formulierten Absichtserklärungen Taten folgen zu lassen und die Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinitiative Heiligensee (www.buergerinitiative-heiligensee.de) zu einem Gespräch einzuladen.